

TOP 21

Gremium	Termin	Status
Stadtrat	11.02.2019	öffentlich

**Antrag der LKR-Fraktion Ludwigshafen; Steigerung der Sicherheit am Berliner Platz durch Einrichtung einer KvD-Wache**

Vorlage Nr.: 20196837

LKR-Fraktion Ludwigshafen  
Antrag 2019/2  
Sicherheit Berliner Platz

LKR-Fraktion Ludwigshafen  
Moltkestr. 8  
67059 Ludwigshafen  
0621 - 598 103 77



LKR-Fraktion LU • Moltkestr. 8 • 67059 Ludwigshafen

Andreas Kühner • Fraktionsvorsitz  
Oliver Sieh  
Andreas Hofmeister • Stv. Vorsitz & GF

Frau OBin  
Jutta Steinruck  
Rathausplatz 20  
67059 Ludwigshafen

Ludwigshafen, 26.01.2019

**Antrag der LKR-Fraktion zur Stadtratssitzung am 11.02.2019**

**Steigerung der Sicherheit am Berliner Platz durch Einrichtung einer KvD-Wache**

Sehr geehrte Frau OBin Steinruck,  
sehr geehrte Damen und Herren des Stadtvorstandes,

in Anbetracht der Entwicklung am Berliner Platz und zur Versachlichung der teils sehr emotional geführten Debatte (s.a. RHEINPFALZ vom 12.01.2019) will die **LKR-Fraktion** einen Beitrag zu mehr Sicherheit für die Ludwigshafener Bürger leisten. Kurzfristiger Aktionismus wie Pilotprojekte oder befristete Erhöhung der Präsenz von Polizei und/oder kommunalem Vollzugsdienst (KvD) lösen erkennbar nicht dauerhaft das Problem vor Ort. Auch das immer wieder neu zu beschließende Alkoholverbot im öffentlichen Raum in den Sommermonaten hat keine Auswirkungen darauf, dass am Berliner Platz aus mehreren Gründen ein sogenannter „Angstraum“ entstanden ist. Der objektiven Gefahrenlage und dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger/innen ist es geschuldet, die kommunale Hoheit über einen der wichtigsten Plätze der Ludwigshafener Innenstadt dauerhaft zu gewährleisten. Es wäre sicher wün-

schenswert, eine Polizeiwache vor Ort zu haben, die auch unsere Fraktion bereits in der Vergangenheit gefordert hatte. Hier hat jedoch das Land die Hoheit über die Einrichtung von Polizeiwachen.

Die **LKR-Fraktion** stellt daher den **Antrag**, am Berliner Platz eine dauerhafte 24-Stunden-Präsenz mittels einer stationären Wache des kommunalen Vollzugsdienstes einzurichten. Die Kosten hierfür z.B. für eine Anmietung eines kleinen ebenerdigen Ladenlokals werden auf ca. 1.000,- Euro/Monat (vorläufig geschätzt) können aus den Mehreinnahmen der Gewerbesteuererhöhung bestritten werden. Zudem amortisiert sich u.E. ein Teil der Kosten durch weniger ambulante Einsätze des KvD und damit verringerten Zeitaufwand vor Ort.

Mit freundlichen Grüßen  
Andreas Kühner  
Stadtrat und Fraktionsvorsitzender